

11. Juni 1943 - vor 70 Jahren Anordnung Himmlers alle polnischen Ghettos zu liquidieren.
13. Juni 1958 - vor 55 Jahren lehnte der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien eine Volksbefragung zur Atombewaffnung ab
14. Juni 1928 - 85. Geburtstag Ernesto Guevara Sema, genannt Che (gest. 9. Oktober 1967)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

10. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

11. Juni 2013

Fraktion DIE LINKE: Antrag für Landtagssitzung

Hochwasserkatastrophe - schnelle Hilfe organisieren, Vorsorge ins Zentrum rücken

Die Fraktion DIE LINKE bringt in die bevorstehende Landtagssitzung den Antrag „Hochwasserkatastrophe - schnelle Hilfe organisieren, Vorsorge ins Zentrum rücken“ (s. Anlage) ein.

Wie bereits 2002 hat die Hochwasserkatastrophe in Sachsen-Anhalt eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft ausgelöst. Dies betrifft die freiwilligen Helfer ebenso wie die Mitarbeiter in den Behörden und Hilfsorganisationen. Ihnen gilt es ausdrücklich zu danken.

Gute Politik - so heißt es im Antrag - zeichnet sich aber dadurch aus, dass sie vor dem Eintreten solcher Naturkatastrophen Vorsorge dafür trifft, dass Schäden möglichst gering bleiben und auch dann konkrete Hilfe anbietet und umsetzt, wenn die mediale

Wahrnehmung zurückgeht. Deshalb geht es darum, so schnell wie möglich konkrete Hilfen zu initiieren, die sich sowohl auf die akuten Schäden als auch auf die Folgen der Hochwasserkatastrophe beziehen. Dabei steht das Land einerseits selbst in der Pflicht, andererseits geht es auch um die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes, die nicht mit einem knapp bemessenen Soforthilfe-Fonds erledigt ist.

In den nächsten Wochen gilt es darüber hinaus, genau zu analysieren, welche konkreten technischen Verbesserungen und Optimierungen der Entscheidungswege und welche Aufstockungen der Ressourcen umgesetzt werden müssen.

Dr. Thomas Drzisga
Pressesprecher

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt www.dielinke-fraktion-lsa.de



Foto K. Müller

„5 vor 12“ unter diesem Motto demonstrierten hunderte Kunschtchaffende aus Halle und ganz Sachsen-Anhalt am 21. Mai auf dem Marktplatz und Friedemann-Bach-Platz. Ihre Forderung: die Ergebnisse des Kulturkonvents nicht zu ignorieren und für eine Entwicklung der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt die Voraussetzungen zu schaffen. Es war keine „Demo“ der üblichen Art, die Künstler führten immer wieder Theaterszenen oder Musikstücke auf, um zu zeigen, dass Kunst und Kultur einen weit über den im Haushalt stehenden Wert haben. Von der LINKEN sprach zu den Demonstrierenden Swen Knöchel und der kulturpolitische Sprecher Stefan Gebhardt.

Berlin, 26. April 2013

Offener Brief an die Delegierten des Dresdner Parteitag der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen,

vom 14. bis 16. Juni 2013 findet in Dresden der Wahlparteitag der LINKEN statt. Dort sollen auch jene Anträge zur Veränderung der Satzung abgestimmt werden, die im Oktober 2011 bereits an die 2. Tagung des 2. Parteitages in Erfurt gestellt worden waren und dort aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden konnten. Unter diesen Anträgen befinden sich zwei, die darauf gerichtet sind, den Zusammenschlüssen ihre Delegiertenmandate vollends zu nehmen bzw. ihre Rechte darauf zu beschränken, Delegierte mit beratender Stimme zu Parteitagern entsenden zu können. Unmittelbar nach dem Erfurter Parteitag hatten verschiedene Zusammenschlüsse den jeweiligen Antragstellern aus dem KV Vogtland-Plauen angeboten, zu einer entsprechenden Diskussion in ihren Kreisverband zu kommen. Wir erhielten keine Antwort.

Im damaligen Schreiben, dessen Hauptpassagen wir in der Anlage dokumentieren, hieß es unter anderem:

1. Zusammenschlüsse decken seit Ende 1989 gewolltermaßen spezifische Interessen der Partei ab. Dafür müssen sie eine Stimme haben. Dazu gehören neben den Möglichkeiten der Publikation in parteinahen Zeitungen oder Zeitschriften, der Organisierung von Veranstaltungen und Ähnlichem auch die Möglichkeiten, diese spezifischen Interessen auf Parteitagern mit Sitz und Stimme vertreten zu können. Nähme man den Zusammenschlüssen diese Möglichkeit, so beschränkte man deren Rolle in der Partei elementar.

2. Dass Mitglieder von Zusammenschlüssen in jedem Falle zweimal kandidieren können, ist formal richtig, in praxi jedoch anders geartet. Wer an der Parteibasis nicht in Erscheinung tritt, dafür aber aktiv in einem Zusammenschluss arbeitet, hat an der Basis keinerlei Wahlchance. Wer formal in einem Zusammenschluss ist und an der Basis ebenso wenig in Erscheinung tritt, hat – wenn er nicht gepuscht wird – so oder so keine Chance, gewählt zu werden. Wer formal in einem Zusammenschluss ist und an der Basis aktiv, hat im Zusammenschluss keine Wahlchance. Wer jedoch auf beiden Ebenen aktiv arbeitet, ist u.E. nicht privilegiert, wenn er über zwei Möglichkeiten der Kandidatur verfügt. Diese Überlegungen sind sekundär im Verhältnis zu der unter Punkt 1 formulierten Begründung, warum die Praxis beibehalten werden sollte, die in der Partei seit über zwanzig Jahren gut erprobt ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben dem auch heute nichts hinzuzufügen. Seit nunmehr 22 Jahren – begründet in der PDS – ist es Normalität in unserer Partei, dass Zusammenschlüsse auf Parteitagern ein Stimmrecht haben. Seit der Vereinigung von PDS/Linkspartei und WASG gibt es hierfür modifizierte satzungsmäßige Voraussetzungen. Vom Dresdner Wahlparteitag sollte nicht das Signal ausgehen, diese bewährte Praxis ohne Not zu beenden. Wir bitten die Parteitagsdelegierten sehr herzlich darum, dies zu bedenken.

Mit solidarischen Grüßen,

AG Betrieb & Gewerkschaft, Cuba Sí, Geraer Dialog – Sozialistischer Dialog, BAG Grundeinkommen, BAG Hartz IV, Kommunistische Plattform, Ökologische Plattform, Sozialistische Linke, BAG queer

Argumentationspapier zur Arbeit der Zusammenschlüsse

Das Argumentationspapier basiert in seiner widerlegenden Argumentation auf den [ursprünglich an die 2. Tagung des 2. Parteitages in Erfurt gestellten] Anträgen der Mitgliederversammlung der Ortsverbände Treuen und Lengsfeld im Kreisverband Vogtland-Plauen, die zusammengefasst lauten:

*»Wir sehen in der bisherigen Möglichkeit auch Ursachen für Tendenzen der Verselbständigung der Zusammenschlüsse und Profilierungsbestrebungen in öffentlichen Medien, die letztlich dem Gesamtbild unserer Partei schaden können ... Bei der Anerkennung der pluralistischen Herkunft, Zusammensetzung und Wirkung der Partei DIE LINKE muss ... ein einheitliches Wiedererkennungsbild für die Partei in der Öffentlichkeit geformt werden. Das kann am besten durch die Verankerung jedes Genossen in der gültigen Parteistruktur ... erreicht werden. Gerade die Mitglieder, die sich für einzelne Themenfelder interessieren und diese vertiefend bearbeiten, sollten ihre Erkenntnisse und ihr Wissen verstärkt in den BO/OV und Kreisverbänden austauschen. Die leider in den letzten Jahren festgestellten Tendenzen der Verselbständigung, die ja bis zur Teilung ›theoretischer‹ und ›praktischer‹ Vor-Ort-Parteiarbeit gehen, sollte nicht fortgesetzt werden. ... Es darf nicht sein, dass durch eigene stimmberechtigte Delegierte von Zusammenschlüssen die Zusammensetzung von Parteitagungen nicht mehr dem Querschnitt der Gesamtpartei entspricht ...«
[...]*

In dieser Argumentation wird vorausgesetzt, dass die in Zusammenschlüssen tätigen Genoss_innen ihre diesbezüglichen Aktivitäten isoliert vom Leben der Parteibasis gestalten.

Dieser Ansatz impliziert, nicht wahrzunehmen, dass ein großer Teil der Genoss_innen in Zusammenschlüssen und ebenso an der Parteibasis aktiv sind und daher vor allem ein doppeltes Pensum zu bewältigen haben.

Jedliches moralisierende Argumentieren ist somit zumindest infrage gestellt: Die angebliche Ungleichbehandlung, faktisch in zwei Parteigliederungen kandidieren zu können, wird zur Gleichberechtigung, wenn konstatiert werden kann, dass dieser ein doppeltes Arbeitspensum zugrunde liegt. Diese Vorgehensweise ist in unserer Partei seit 21 Jahren nicht nur akzeptiert und wurde – in diesem Zeitrahmen – durch die Satzung der fusionierten Partei bestätigt, sondern hat sich auch als hohes basisdemokratisches, schützenswertes Gut bewährt. Auch ist seither nichts Erkennbares geschehen, was eine Veranlassung böte, diesen Sachverhalt zu ändern.

Nun wird unterstellt, es gäbe Tendenzen der Verselbständigung der Zusammenschlüsse, die das Gesamtansehen der Partei beschädigen könnten. Wer ist damit gemeint? Die Ökologische Plattform, die BAG Betrieb und Gewerkschaft, die BAG Rote Reporter, die BAG LISA, die Senioren-AG, die BAG Bildungspolitik, die BAG queer, die AG Ständige Kulturpolitische Konferenz oder die BAG Hartz IV, um nur einige zu nennen? Natürlich könnte jetzt der Verdacht entstehen, dass es sich um den einen oder anderen Zusammenschluss handelt, dessen Arbeit in der persönlichen Wertschätzung nicht einen elementaren und notwendigen Stellenwert einnimmt. Sollte diese Annahme stimmen, dann wäre es transparenter, auszusprechen, wer eigentlich gemeint ist, und damit zu untermauern, dass die Aussagen der Antragsteller zutreffend sind.

Die Debatten, die der Partei vor allem in den ersten acht Monaten vor dem Erfurter Parteitag ernsthaft geschadet haben, gingen nicht zuvörderst zulasten der Zusammenschlüsse, nicht einmal zulasten der sogenannten Strömungen, die ohnehin über keine Delegiertenmandate verfügen. Man kann diese Debatten einzeln analysieren und personell festmachen, wer in der Partei hier welche Rolle gespielt hat, und man wird mit Sicherheit zu dem Schluss kommen, dass hier die oberflächliche Schuldzuweisung an Zusammenschlüsse nicht den Realitäten entspricht. [...]

Der Standpunkt, dass es nicht sein dürfe, dass durch eigene stimmberechtigte Delegierte von Zusammenschlüssen die Zusammensetzung von Parteitag nicht mehr dem Querschnitt der Gesamtpartei entspricht, ist nun wirklich nicht zielführend. Bei allem Respekt vor den älteren und alten Genossen: Wie sähe der Parteitag aus, wenn er dem Altersprofil der Partei entspräche? Hier liegt die bei weitem größte Altersgruppe zwischen 56 und 65 Jahren. Oder, wie sähe der Parteitag aus, wenn nur 37,3 % der Delegierten Frauen wären, was dem Frauenanteil in der Gesamtpartei entspräche? Ist mit dieser Feststellung etwa gemeint, dass die Zusammenschlüsse nicht wirklich zur Partei gehören und daher den Querschnitt der Gesamtpartei nicht mitrepräsentieren? Wer das meint, muss ganz andere Fragen aufwerfen, als die nach den Delegiertenmandaten: Die Frage nach der Existenzberechtigung von Zusammenschlüssen in der LINKEN überhaupt, die Frage nämlich nach dem pluralen Charakter der Partei.

Wir wollen, dass die 21-jährige Praxis, dass Zusammenschlüsse ihre eigenen Delegiertenmandate erhalten, beibehalten werden soll!

1. Zusammenschlüsse decken seit Ende 1989 gewolltermaßen spezifische Interessen der Partei ab. Dafür müssen sie eine Stimme haben. Dazu gehören neben den Möglichkeiten der Publikation in parteinahen Zeitungen oder Zeitschriften, der Organisierung von Veranstaltungen und Ähnlichem auch die Möglichkeiten, diese spezifischen Interessen auf Parteitag mit Sitz und Stimme vertreten zu können. Nähme man den Zusammenschlüssen diese Möglichkeit, so beschränkte man deren Rolle in der Partei elementar.
2. Dass Mitglieder von Zusammenschlüssen in jedem Falle zweimal kandidieren können, ist formal richtig, in praxi jedoch anders geartet. Wer an der Parteibasis nicht in Erscheinung tritt, dafür aber aktiv in einem Zusammenschluss arbeitet, hat an der Basis keinerlei Wahlchance. Wer formal in einem Zusammenschluss ist und an der Basis ebenso wenig in Erscheinung tritt, hat – wenn er nicht gepuscht wird – so oder so keine Chance, gewählt zu werden. Wer formal in einem Zusammenschluss ist und an der Basis aktiv, hat im Zusammenschluss keine Wahlchance. Wer jedoch auf beiden Ebenen aktiv arbeitet, ist u. E. nicht privilegiert, wenn er über zwei Möglichkeiten der Kandidatur verfügt. Diese Überlegungen sind sekundär im Verhältnis zu der unter Punkt 1 formulierten Begründung, warum die Praxis beibehalten werden sollte, die in der Partei seit über zwanzig Jahren gut erprobt ist.

Wir bitten die antragstellenden Genoss_innen im KV Vogtland-Plauen, ihre Position noch einmal zu überdenken. Genoss_innen der verschiedenen Zusammenschlüsse sind gerne bereit, zu einer entsprechenden Diskussion in den Kreisverband zu kommen.

Berlin, den 13. Januar 2012

Aus der Stadtratssitzung vom 29. Mai 2013

Schon in der Bürgerfragestunde wurde deutlich, dass ein Thema – die Bewerbung der Stadt Halle (Saale) um die Ausrichtung des Hansefestes im Jahre 2019 – für heftige Diskussionen sorgen wird. :Bereits in der Bürgerfragestunde sprach Herr Jürgen Seilkopf, Vertreter des Hansevereins, für diese Bewerbung. Der Antrag, der als gemeinsamer Antrag der FDP-, der CDU- und der SPD-Fraktion eingereicht war, ist mehrheitlich angenommen wurden! Unsere Fraktion stimmte dagegen. Der Hauptgrund der Ablehnung ist, dass wir für diese freiwillige Aufgabe der Stadt kein Geld haben! „Niemand im Saal hat etwas dagegen, wenn gefeiert wird. Man kann gern Party machen, wenn man die Party bezahlen kann“, so begründete Bodo Meerheim unsere Argumente. Er verwies darauf, dass es wohl schon Diskussionen gäbe, die Händelfestspiele nur noch aller zwei Jahre stattfinden zu lassen, um Geld zu sparen. Einen neuen kulturellen Höhepunkt kann man sich einfach nicht leisten! Und auch die Ankündigung, dass ein Defizit von 30 Mio. Euro im nächsten Jahr zu Debatte steht, führte er an! Im Stadtrat fand sich dennoch eine Mehrheit für diesen Antrag. Allerdings kündigte der OB sofort seinen Widerspruch an, weil weitere freiwillige Leistungen nicht finanzierbar seien in der Stadt Halle (Saale). Um`s Geld ging es auch in anderen Beschlüssen!

Der Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2013 – Beitritt zur kommunal-aufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 7. Mai 2013 wurde mehrheitlich angenommen. Nachdem das

Landesverwaltungsamt kritisiert hatte, dass es verschiedene Fassungen zum „Stellenplan“ gäbe, musste der Haushalt noch einmal erneut bestätigt werden. Alles konnte erklärt werden! Auch unsere Fraktion stimmte zu! Im Herbst des vergangenen Jahres hatte der Stadtrat mehrheitlich dafür gestimmt, den beiden kommunalen Wohnungsunternehmen eine zeitliche Stundung ihrer „Abgaben“ an die Stadt Halle zu genehmigen. Die damalige OB und auch der jetzige Oberbürgermeister legten Widerspruch ein und bekamen vom Landesverwaltungsamt Recht. Unsere Fraktion stimmte dennoch dagegen! Mehrheitlich wurde die „Aufhebung der zeitlichen Streckung“ beschlossen. Ohne Probleme wurden die Vorschläge für die Schöffen der Stadt Halle und des Landgerichtes sowie Personen für den Schöffenwahlausschuss gewählt. Ziemliche Diskussionen hingegen gab es zum Tagesordnungspunkt „Änderung des Entwurfes des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)/ Ausweisung eines Nahversorgungszentrums Ammendorf“. Hintergrund ist, dass in Ammendorf auf dem ehemaligen Straßenbahn-Betriebshof an der Merseburger Straße ein Supermarkt entstehen soll. Olaf Sieber und Uwe Köck argumentierten für unsere Fraktion und erklärten, dass dieses Einkaufskonzept an diesem Ort nicht passt! „Es würde ein Einkaufszentrum ohne Wohngebiet entstehen“, bemerkte Olaf Sieber. Wichtiger sei es, das Ammendorfer Zentrum zu beleben, so Olaf weiter! Die Abstimmung ergab eine „echte“ Patt-Situation. 24 Stimmen waren für die Vorlage, 24

dagegen, bei zwei Enthaltungen. Damit war die Vorlage abgelehnt. Auch wir stimmten als Fraktion dagegen. Die neue Satzung des Jugendamtes und auch der Wirtschaftsplan 2013 für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten wurden angenommen. Allerdings hat der OB auch zur Satzung des Jugendamtes seinen Widerspruch bereits angekündigt. Wir vermuten, dass es um die Bezeichnung des Amtes geht! Beschlossen werden sollte, dass der Fachbereich Bildung damit Jugendamt im Sinne des SGB VIII ist. Der Jugendhilfeausschuss wollte aber deutlich anzeigen, dass das Jugendamt im Sinne des SGB VIII ein eigenständiger Teil des Fachbereiches Jugend, Familie und Bildung ist. Wir werden sehen... Unserem Antrag zur Erarbeitung einer Analyse zur Vergabe von Leih- und Zeitarbeit in der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben und den großen Beteiligungen der Stadt Halle (Saale) wurde zugestimmt. Zugestimmt wurde auch, dass Dirk Gernhardt neuer sachkundiger Einwohner im Rechnungsprüfungsausschuss ist. Karl-Heinz Gärtner scheidet aus dieser Aufgabe aus. Die Fraktion bedankt sich noch einmal für seine Tätigkeit! Der Antrag auf Prüfung der Verschmelzung der kommunalen Wohnungsgesellschaften HWG und GWG – Antragsteller ist die FDP-Fraktion wurde in den Finanzausschuss verwiesen.

Der gemeinsame Prüfantrag unserer Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum Zustand der Hochstraße wurde in den Planungs- und Vergabeausschuss verwiesen.

Ute Haupt
Stadträtin

„... Obwohl ein Weib ...“

Es ist einige Wochen her, dass sich am 29. März der Geburtstag der ersten Professorin der Universität Halle Betty Heimann zum 125. Mal jährt.

Die 1888 in Wandsbek - heute ein Stadtteil von Hamburg - geborene Betty war das jüngste von 6 Kindern der Eheleute Isaak und Margarethe Heimann. Ihr Vater war Inhaber des Hamburger Bankhauses „Hartwig Hertz Nachfolger“, ihre Mutter entstammte der Familie Levy aus Magdeburg.

Der Bildungsweg Betty Heimanns war geprägt vom Ringen um die Reformierung der Mädchenbildung an der Schwelle des 20. Jahrhunderts und damit verbundener Chancen. Sie absolvierte zunächst in Wandsbek und später in Hamburg die höhere Töchterschule und die daran anschließenden Fortbildungsklassen. Schließlich bereitete sie sich privat auf das Abitur vor, das die inzwischen 25-jährige am 20. September 1913 im Rahmen einer Sonderprüfung bestanden hat. Die zu Prüfende gedanke, Philologie und alte Sprachen zu studieren, vermerkte die Prüfungskommission auf ihrem Reifezeugnis.

Ab dem Wintersemester 1913/14 studierte sie bei den Wegbereitern und führenden Vertretern des Fachs an den Universitäten Kiel und Heidelberg Klassische Philologie, Philosophie und indische Philologie und bestand am 26. Januar 1918 das Staatsexamen in Klassischer Philosophie und philosophischer Propädeutik sowie im Sommer 1919 das Dokorexamen in indischer Philologie in Kiel. Anschließend widmete sich Betty Heimann ausschließlich dem privaten Studium der indischen Philologie, insbe-

sondere der indischen Religionsgeschichte und Philosophie. Während noch Ende 1922 die Philosophische Fakultät Heidelberg der Vierunddreißigjährigen die Lehrbefugnis für indische Philologie verwehrte, gab der Akademische Senat der Universität Halle im Juni 1923 seine Zustimmung zur Einleitung des Habilitationsverfahrens für das Fach Indische Philologie von Frl. Dr. Betty Heimann. Die Gutachter bescheinigten der Kandidatin, eine Bereicherung für die wissenschaftliche Diskussion der indischen Philologie, philosophisch-methodisch geschult sowie geeignet zu sein „... obwohl ein Weib, dem Sanskrit Freunde zu gewinnen und es mit Erfolg zu lehren“¹. Am 1. November 1923 hat sich die Privatdozentin für Indische Philologie mit ihrer Antrittsvorlesung eingeführt. Für die Universität Halle sollte sie über viele Jahre nicht nur die erste, sondern auch die einzige Frau im Lehrkörper bleiben. Wiederholt bescheinigten die halleschen Universitätsbehörden in der Folgezeit der Privatdozentin eine erfolgreiche akademische Tätigkeit allerdings ohne dies mit einer entsprechenden „Beförderung“ zu würdigen.

Anders im Ausland.

Für ihre Studien zur Eigenart indischen Denkens erhielt die Indologin im Juni 1931 den Forschungspreis der International Federation United Woman. Diese Würdigung führte letztlich zwei Monate später zu ihrer Ernennung zur nichtbeamteten außerordentlichen Professorin in Halle. Das Committee on the Award of International Fellowships zeichnete sie für das Jahr 1931 mit dem „Senior Fellowship in Arts“

aus. Mit dem Preisgeld konnte die n.b. a.o. Professorin Betty Heimann die lange geplante Forschungsreise nach Indien finanzieren.

Als sie sich im Januar 1933 während einer Diskussion zur Rassenfrage im Anschluss an einen Vortrag über „Das Erwachen der Farbigen“ als Indologin zu Wort meldete und sich zu der Bemerkung eines Diskussionsredners, dass die indischen Arier ihre Rasse reinzuhalten gewusst hätten, positionierte, hatte das ihre folgenschwere Denunziation als Jüdin durch Prof. Schomerus beim Kultusminister zur Folge. Auch ihr Kollege Prof. Paul Hertz äußerte sich in diesem Rahmen kritisch über die Rastentheorien der neueren deutschen Forschung.

Der Einladung der British Federation of University Woman nach England, um über ihre Forschungsreise zu berichten folgend, erhielt Betty Heimann im September die Nachricht vom Entzug ihrer Lehrbefugnis auf der Grundlage des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (7.4.1933). Sie kehrte nicht mehr nach Deutschland zurück.

In den Folgejahren lehrte und forschte die Indologin Betty Heimann u.a. an der Universität in London, hielt Vorlesungen in Rom und erhielt im Herbst 1945 den Ruf an die Universität Colombo auf Ceylon, wo sie bis zu ihrer Emeritierung 1949 tätig war.

Die pensionierte Wissenschaftlerin setzte ihre Forschungen in London fort.

Unerwartet verstarb Betty Heimann am 19. Mai 1961 während ihres Urlaubs am Gardasee. Elke Stolze

Sachsen-Anhalt braucht keinen Abwicklungsplan, sondern Entwicklung

(SK) Alles neu macht der Mai, so könnte man meinen – doch in Magdeburg bleibt alles beim Alten. Die Landesregierung erklärt Tag für Tag aufs Neue, dass Sachsen-Anhalt untergehe, wenn man nicht bei Universitäten, Kultur, Lehrern, Polizisten und sogar beim Blindengeld spare. Und doch gibt es was Neues, die Sachsen-Anhalter lassen nicht mehr alles mit sich geschehen, sie protestieren gegen das blinde Kürzen im Land.

Unter dem Motto „Halle-bleibt“ begann am 30. April eine bisher so noch nie dagewesene Protestwelle in Sachsen-Anhalt. Studierende und Kulturschaffende demonstrieren gemeinsam und beharrlich, sie forderten nicht zuallererst mehr Geld, sondern eine Zukunft für sich und Sachsen-Anhalt.

Die Landesregierung zeigte sich unbeeindruckt und beschloss Ende Mai, die Kürzungen für den nächsten Haushalt vorzusehen. Dazu erklärte der Fraktionsvorsitzende Wulf Gallert: „Es dürfte inzwischen niemanden mehr überraschen, dass nach den Ankündigungen, den Rotstift in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur anzusetzen, nun neben der Kürzung des Blindengeldes weitere soziale Einschnitte durch die Landesregierung vorgeschlagen werden. Langsam könnte jedem im Lande klar sein, was diese Landesregierung unter der Konsolidierung des Landeshaushaltes versteht.“

Die nun neuerlich ins Gespräch gebrachten Streichungen treffen wiederum vor allem die Lebensqualität und die Entwicklungschancen junger Menschen in Sachsen-Anhalt, von denen es ohnehin zu wenige gibt. Die vorgeschlagene

ne Streichung der Jugendpauschale, aber auch sämtlicher Zahlungen für das Netzwerk der Beratungsstellen bedroht den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen. Die Folgen einer solchen Kürzungspolitik kommen der Gesellschaft erfahrungsgemäß teuer zu stehen, auch im buchstäblichen Sinne des Wortes. Es wird immer deutlicher, dass die Landesregierung nicht in der Lage ist, die entscheidenden Fragen zu stellen. Wenn es denn stimmt, was der CDU-Fraktionsvorsitzende Schröder behauptet, dass die meisten Bereiche des Landes ohnehin schon wie eine Zitrone ausgequetscht seien, ist die Einschätzung, dass Sachsen-Anhalt kein Einnahme-, sondern nur ein Ausgabenproblem habe, ganz offensichtlich ein fataler Irrtum.

Alternativen aber sind in der Politik immer möglich. Einerseits geht es darum, sich klar für eine andere Absicherung öffentlicher Aufgaben durch Einnahmesteigerungen im Bereich der Steuerpolitik einzusetzen. Hier versagt die Landesregierung vollständig. Zum anderen braucht Sachsen-Anhalt keinen Abwicklungsplan, wie ihn die Landesregierung jetzt vorlegt, sondern Entwicklung. Hier ist bezeichnend, dass die Grundlage der Regierungsarbeit – das so genannte Deubel-Gutachten – von einer wirtschaftlichen Stagnation des Landes bei zum Jahr 2020 ausgeht. Die Landesregierung ist dabei, diese Prophezeiung zu erfüllen. Unter den gegebenen finanzpolitischen Bedingungen schlägt DIE LINKE vor, derzeit auf die Tilgung von Alt-schulden und die Finanzierung von Vorsorgemaßnahmen zu verzichten, sie würden in unverantwortli-

cher Weise durch Abbau von Lebensqualität und Zukunftschancen erkaufte werden. „Leider überrascht es nicht, dass sich die Befürchtungen hinsichtlich der politisch unverantwortlichen Kürzungspolitik der Landesregierung mit den Ergebnissen der Haushaltsklausur bestätigen.“

Was hier vorgelegt wird, ist ein Programm der Stagnation, ein Programm der Abwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge, ein Programm, das für Sachsen-Anhalt viele Perspektiven verbaut. Es ist wohl das letzte Wort der Landesregierung, alle berechtigten Proteste und Kritiken wurden ignoriert.

Allerdings – diese Haushaltsklausur und ihre Ergebnisse bedeuten nicht das Ende der Auseinandersetzungen. Der Kurs der Landesregierung kann und muss im Landtag drastisch korrigiert werden. Das wird die Koalition aus eigenem Antrieb nicht tun, und auch die Kraft der Opposition alleine wird dazu nicht ausreichen. Entscheidend ist jetzt die Fortsetzung des breiten gesellschaftlichen Widerstands gegen den Kurs der Landesregierung. Nur so kann es gelingen, der Koalition von CDU und SPD sehr nachdrücklich zu verdeutlichen, dass sie mit einer solchen Politik im Lande keine Mehrheiten mehr findet und Korrekturen unumgänglich sind. DIE LINKE bekräftigt ihren Widerstand gegen diese unverantwortlichen Kürzungspolitik, sie wird sich auch weiterhin konsequent an die Seite der Protestierenden stellen und für politische Alternativen werben, die dem Land tatsächlich Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.“

DIALOG FÜR HALLE

TERMINE UND STANDORTE

Dienstag, 18. Juni 2013

11 Uhr–13 Uhr, Pinguinbrunnen (Steinweg) mit Dr. Petra Sitte, Elisabeth Nagel, René Trömel

Mittwoch, 19. Juni 2013

11 Uhr–13 Uhr, Endhaltestelle Büschdorf mit Dr. Petra Sitte, Swen Knöchel, Rudenz Schramm

Donnerstag, 20. Juni 2013

10 Uhr–12 Uhr, Silberhöhe, Vor der Edeka-Kaufhalle (Wilhelm-von-Klewitz-Straße) mit Dr. Mohamed Yousif, Ute Haupt, Birgit Leibrich, Dr. Petra Sitte

Donnerstag, 20. Juni 2013

13 Uhr–15 Uhr, Marktplatz mit Dr. Petra Sitte, Swen Knöchel, Rudenz Schramm

Freitag, 21. Juni 2013

11:30 Uhr–13:30 Uhr vor Kaufhalle Dessauer Straße mit Dr. Petra Sitte, Swen Knöchel, Rudenz Schramm

Samstag, 22. Juni 2013

10. Uhr–12 Uhr, Neustädter Passage vor dem Neustadt-Center mit Dr. Petra Sitte, Dr. Bodo Meerheim, Hendrik Lange, Olaf Sieber, Dr. Uwe-Volkmar Köck

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juni Geburtstag haben.

Termine Termine Termine

- 14. Juni 14 Uhr**, Preisskat, Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150
- 18. Juni 16:30 Uhr**, Die NVA und die Bundeswehr, zwei gegensätzliche deutsche Armeen, mit Gen. Admiral a.d. Theodor Hoffmann, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, eine Veranstaltung des Rotfuchs Fördervereins e. V.
- 19. Juni 17 Uhr** Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen: Der Einfluss der Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl im September

Die BO Riebeckplatz / Hofjäger lädt ein:

Unser Landesschatzmeister Dr. Achim Bittrich berichtet als Delegierter über den Dresdener Bundes-Parteitag am Mittwoch, 26. Juni, ab 16 Uhr, im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44. Gäste sind herzlich willkommen!



Gregor Gysi:
Wie funktioniert soziale Bildungspolitik?

20. Juni, 18.00 – 20.00 Uhr
MLU Audimax Hörsaal XXIII
Uni-Platz, Halle (Saale)

sds.dielinke
LINKS-ALTERNATIVE HOCHSCHULGRUPPE MLU

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
06.06.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 20.06.2013